

Schaffer in Petersburg v. Schön genannt. — Bei der gestrigen Reichstags-Verhandlung im Reichstagsgebäude in Petersburg wurde der Vorschlag mit 250 Stimmen genehmigt. Der Kandidat des Zentrums, Ruchkoff erhielt 7763, Kreny (nat.-lib.) 1240, Scholtz (Soz.) 1250 Stimmen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf Grund von Soldatenbriefen berichtet der „Vorwärts“ über angebliche Missetaten, die in der Schutztruppe für Südwestafrika im April dieses Jahres vorgekommen sein sollen. An hiesiger amtlicher Stelle ist von solchen Missetaten nichts bekannt. Es handelt sich offenbar um Aufbauschung von Disziplinwidrigkeiten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Erzbischof von Posen, von Stabilewski, hatte kürzlich seinen deutschen Geistlichen den Austritt aus dem Verein deutscher Katholiken auferlegt, indem er den Verein der Annahme einer Vertretung von kirchlichen Interessen und der Eingriffe in kirchliche Angelegenheiten beschuldigte. Nun teilt der Vorstand des Vereins in der katholischen Rundschau mit: Im Jahre 1903 sei er mit der Bitte an den Erzbischof herangetreten, daß in den Orten, in denen deutsche Predigten gehalten würden, auch an den betreffenden Sonntag deutsche Kirchenlieder gesungen werden dürften, und daß in Gemeinden mit deutschen Katholiken die kirchlichen Vermählungen auch in deutscher Sprache erfolgen möchten. Auf diese Bitte ist dem Vorstande der Bescheid gegangen, daß Vereine, die mit derartigen Wünschen an die geistlichen Behörden herantraten, von unkatolischen Grundlagen ausgehen und daß sich der Verband damit eine Art Nebenregierung aneignete.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der hiesige Magistrat hat heute den Entwurf einer Luftfahrts- und Billethsteuer, wegen deren eine lebhafteste Bewegung im Gange war, angenommen.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Der Müllergehilfe Steinbeiß, der am 8. d. Mts. in Pretzsch bei Halle einen Mordversuch an Könige auf die Müller-Gebirg bei Berndorf machte, ist hier verhaftet worden.

Bückeburg. (Priv.-Tel.) Die Meldung von einem bevorstehenden Verkauf der in Kroatischen gelegenen fälschlich Appell-Schmugglerischen Zigarettenfabrik an eine ungarische bzw. magyarische Fabrik wird an amtlicher Stelle demontiert.

Apolda. (Priv.-Tel.) Der Kaufmann Ernst Probst wurde, als er mit seiner Gattin von einer Reise zurückkehrte, festgenommen. Schon bevor er die Reise antrat, wurde nach ihm, daß er der Apoldaer Wollwarenfabrik Christian Zimmermann u. Sohn, bei der er seit 30 Jahren angestellt ist, bedeutende Summen, angeblich 60 000 Mark, unter der Hand abgeben. Ein Teil der unterschlagenen Gelder ist zurückgefordert worden.

Münchener. (Priv.-Tel.) Eine Versammlung des Deutschen Verbandes der Maschinen- und Fabrikanten in München, die sich zum Zweck der Erlangung reichsrechtlicher Regelung der Sonntagsruhe mit mindestens 5 Stunden Verfassung in die Wege zu lenken und erklärte sich gegen den 8. Uhr-Vorabend in der Nacht.

Wien. Der Budget-Ausschuß des Abgeordnetenhauses behandelte die Vorlage betreffend die Triester Eisenanfragen. Abg. Moritz griff in bester Weise den früheren Ministerpräsidenten Verder wegen willkürlicher Vergebung der Triester Eisenarbeiten an. Ministerpräsident v. Wed. erklärte, daß das Recht des Parlaments an Kontrolle an, bedauerlicherweise aber die scharfe persönliche Kritik Moritz gegen die Beamten, insbesondere gegen Verder. Er trat nachdrücklich für Verder ein, der stets nur von laienhaften, reinen Beweggründen geleitet gewesen sei. Der Ministerpräsident verlas ein Schreiben Moritz, woraus hervorging, daß die Vergebung der Eisenarbeiten an ein Konsortium ohne Offerten-Ausschreibung einerseits wegen der Formalitäten andererseits deshalb erfolgte, weil die Arbeiten nicht fremdländischen Unternehmungen überantwortet werden sollten. Verder erklärte weiter, es bestehe überhaupt kein Vertrag des Staates mit der Unionbank. Der Vertrag mit dem Konsortium sei erst nach langwierigen Verhandlungen zu Stande gekommen, in deren Verlauf die meisten vom Konsortium verlangten Konzessionen abgelehnt worden seien. Moritz habe irgend jemand Provision oder Honorar für die Vermittlung des Vertrages bekommen. — Der Budgetausschuß der österreichischen Delegation begann mit der Beratung des Budgets der Ministeriums des Innern. Hierbei betonten Steiner und Spitzer die Notwendigkeit, ein strenges, dauerndes Verhältnis mit Ungarn zu schaffen und an Stelle der Delegation eine zweckentsprechendere Organisation zu legen. Steiner vermittelte eingehende Aufklärungen über die Finanzverhältnisse, die serbisch-ungarische Kolonisation und die Marokko-Konvention und bezeichnete die auswärtige Politik als nicht zielbewußt und nicht einheitlich. Er verlangte insbesondere eine erhöhte handelspolitische Tätigkeit der auswärtigen Politik. Die Haltung der Regierung in der Marokko-Frage billigte Verder. Er betonte, ein Zusammengehen mit Deutschland sei auch in der Balkan-Politik notwendig und wandte sich entschieden gegen die Jugoslawen, die ihren Blick auf den Balkan gerichtet seien. Schönborn sprach seine Verwunderung über die Erhaltung des europäischen Friedens, der die Intervention Österreich-Ungarns in Algerien mehrmals demagisch gefordert habe, aus und begründete die Vertiefung der Schiedsgerichtsbarkeit durch die neue Haager Konvention, zu der auch Delegierte des Papstes zugezogen werden sollten. Auch Spitzer findet ein unerklärliches Festhalten an der Konvention, für das der jüngste Reichskaiser Wilhelm am 20. d. Mts. in Wien, ausgereicht erschienen. Das Verhältnis zu Italien, das sich in Algerien an die Seite Frankreichs gestellt habe, sei weniger befriedigend. Verder beantragte weiter die scharfe Sprache des Erzözes gegenüber Serbien, Griechenland und der Türkei.

Wien. (Priv.-Tel.) Der dreitägige Generalkongress für Wien, den die sozialdemokratische Parteileitung beabsichtigt, um einen Druck auf die Regierung und den Reichstag zur Reichsreform auszuüben, soll, da die Organisation des Kongresses mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, erst für den 29. und 30. Juni und 1. Juli festgelegt werden. Zu der 29. d. Mts. katholischer Feiertag und der 1. Juli Sonntag ist, würde der Streik eigentlich nur einen Tag dauern.

Leit. Abgeordnetenhause. Ministerpräsident Dr. Welsch unterbreitet den Staatsvoranschlag, wobei er die finanzielle Lage eingehend erörtert und darlegt, daß die ordentlichen Einnahmen die ordentlichen Ausgaben um 8 Mill. Kronen übersteigen, jedoch nicht ausreichen, um das Erfordernis für die Amortisation zu decken. Andererseits könne man, wo es sich um wirkliche Investitionen handle, auch bei den freigestellten Grundbesitzungen, einen Teil der Kosten im Anleiheverkehr auf die künftige Generation abwälzen. Bemerkenswert, sagt der Ministerpräsident, ist die Steigerung der Einnahmen, die gegenüber dem letzten Budget 44 Millionen Kronen, gegenüber dem Budget von vor zehn Jahren ohne jede Steuererhöhung 20 Millionen Kronen betrug. Es ist kein Zweifel, daß diese Steigerung, falls wir der Entwicklung unserer Volkswirtschaft systematische Sorgfalt zuwenden, auch erhöhten Ansprüchen des Staatslebens genügen wird. (Verhörer: Welsch.) Dr. Welsch erwähnt auch, daß das Zins-Erfordernis für das aufzunehmende Darlehen wohl in dem Voranschlag eingestellt ist, jedoch hängt die Emission von der Festlegung des Geldmarktes ab. Auch werde er besonders die Genehmigung des Reichsrates einholen.

Bern. (Priv.-Tel.) Schweizerische, deutsche und englische Befürworter von Gewerkschaften der Zurich-Union-Fabrik hatten an die Bundesversammlung ein Gesuch um eine günstigere Abmachung bei der Liquidation dieser Bahngesellschaft gestellt. Auf Antrag der Kommission hat der Ständerat das Gesuch einstimmig abgewiesen.

Bern. (Priv.-Tel.) Spanien hat den Bundesrat um Verlängerung des Handelsprovisoriums ersucht unter der Bedingung, daß es die neuen Hölle vom 1. Juli ab anzuwenden dürfe. Der Bundesrat hat abweichend geantwortet. Sollte Spanien auf seinem Standpunkte beharren, so erscheint der Kolonialkrieg unermesslich. Auch mit Frankreich hätte der Kolonialkrieg am 15. Juli, an welchem Tage das Handelsprovisorium mit Frankreich abläuft, ausbrechen.

London. (Priv.-Tel.) Aus Tanger wird gemeldet, daß die Truppen des Sultans den Aufständischen eine schwere Niederlage in der Nähe von Timburin beibrachten. Beide Teile kämpften mit großer Hartnäckigkeit. Die Aufständischen befanden sich in stark befestigtem Lager, das die Regimentsgruppen mit Todesopferung angriffen. Schließlich wurde die Stellung der Aufständischen im Osten durch die An-

hänger Anstoss mühen sich zurückziehen. Der Rückzug erfolgte in wilde Hast aus. Die Aufständischen ließen 50 Tote und einige 100 Verwundete auf dem Schlachtfeld zurück. Auch die Verluste der Regierungstruppen waren sehr schwer.

Christiana. Der König und die Königin haben mit dem Kronprinzen Olga heute vormittag die Reise nach Drammen angetreten. Auf dem Bahnhof hatten sich die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden eingefunden. Eine große Menschenmenge brachte dem Königspaar Ehrerbildungen dar.

Stockholm. Frau Olga wird sich morgen nachmittag an Bord der hier eintreffenden englischen Yacht „Endymion“ begeben, um den Herzog und die Herzogin von Connaught zu begrüßen. (Die Stockholmer Privatmeldung über das Befinden des Königs scheint hiernach mindestens übertrieben zu sein.)

Sofia. (Priv.-Tel.) Das Kriegsministerium bestellte neue maritime Küstenverteidigungsmittel in Frankreich, darunter weittragende Strandgeschütze, Minen und Minenboote.

Baltimore. Die Mannschaft des bei dem Brande der Docks der Merchant and Miners Transportation Company mitverbrannten Dampfers „Alex“ ist gerettet und auf zwei Mann, die vermißt werden.

Port Louis (Mauritius). Das deutsche Vermessungsschiff „Blanc“ geht heute nach Rodrigues weiter. Offiziere und Mannschaften haben hier von Seiten der Stadt, des Gouverneurs und der Garnison eine herzliche und gästliche Aufnahme gefunden.

Durban. Der Häuptling Sigamanda ist mit seinem ältesten Sohne in Mandhla gefangen genommen und heute in das englische Lager eingeliefert worden.

(Platz einnehmende Tabellen befinden sich Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schl.) Kredit 210.50. Diskont 184. —. Creditbank Nord 108.50. Staatsbahn —. Lombarden 33.60. Karlsruher —. Ungar. Reich —. Westfälische —. Elektro —. —. —. —.

Wien. (3 Uhr nachm.) Kredit 98.25. Italiener —. Spanier 98.50. Russ. Staatsanleihe 71.40. Eisen (unvollständig) 16.70. Österreich 147.25. Creditbank 62. —. Staatsbahn —. Lombarden 33. —. —. —.

Wien. Wechselmarkt. Wien per Juni 12.50. per September 12.40. per Oktober 12.30. per Dezember 12.20. per März 12.10. per Juni 12.00. per September 11.90. per Oktober 11.80. per Dezember 11.70. per März 11.60.

München. Wechselmarkt. Wien per Oktober —. per März —. per Dezember —. per März —. per Oktober —. per März —. per Dezember —.

Bombay. (Bretzenmarkt.) Aufständischer Heer geringerer Kadetten bei früheren Streit, englischer Heer weniger Kadetten bei jüngeren Kadetten. Aufständischer Heer ist am 20. d. Mts. in Ferozpur (Punjab) von englischen Truppen gefangen genommen. Englischer Heer ist am 20. d. Mts. in Ferozpur gefangen genommen.

Deutsches und Sächsisches.

— Se. Majestät König Friedrich August hat dem Chef des sächsischen Generalstabes Grafen v. Wed. anlässlich seines 50jährigen Jubiläums in dieser Dienststellung sein Bild überreicht.

— Der Postrat Seberin in Bosen ist zum Postrat bei der Ober-Postdirektion in Leipzig ernannt worden. Ferner sind dem Ober-Postinspektor Venz in Karlsruhe (Waden) eine Ober-Postinspektorstelle im Bezirk der Ober-Postdirektion in Dresden, dem Ober-Postinspektor Joppert in Wismar eine Ober-Postinspektorstelle im Bezirk der Ober-Postdirektion in Chemnitz und dem Ober-Postinspektor Reichelt in Dresden, unter Einwirkung zum Postinspektor, eine Hilfsreferentenstelle bei der Ober-Postdirektion in Leipzig übertragen worden.

— Die in den letzten Jahren, so wird auch neuer beim XII. Armeekorps eine Reformorganisation gebildet werden, da man ein günstiges Urteil über ihren Wert gewonnen hat. Sie wird aus einem Reserve-Infanterieregiment, dessen 1. Bataillon „Grenadier-Regiment“ genannt wird, und aus einer Reserve-Feldartillerieabteilung bestehen. Die Aufstellung beider Formationen bezweckt, Infanterie, Unteroffiziere und Mannschaften des aktiven Dienstes und des Verurlaubtandes für ihre Verwendung in kriegsmöglichen Verbandsverbänden vorzubereiten. Beim Reserve-Infanterieregiment wird der Schwerpunkt auf die Förderung der Geleitsausbildung der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Verurlaubtandes gelegt, während die Geregizausbildung auf das Notwendigste beschränkt wird.

— Die auch in unser Blatt übergegangene Mitteilung Berliner Blätter über die Vetterung der Zufuhrarten beim Übergang aus der niederen in eine höhere Wagenklasse der Eisenbahn, oder aus dem Verboten in den Schnellzug etc. wird uns als unzutreffend bezeichnet. Die Bestimmungen hierüber sind vom Bundesrat noch nicht erlassen; soweit steht aber schon jetzt fest, daß sie keinesfalls so ausfallen können, wie sie in jener Mitteilung dargelegt sind.

— Die heutige Stadtverordneten-Sitzung dürfte infolgedessen von weitergehendem Interesse sein, als auf der Tagesordnung der Entwurf neuer Bestimmungen für die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt Dresden steht — die sogenannte Submissionsvorsorge, bei der es sich vor allem um Festlegung von Bestimmungen darüber handelt, welche Arbeiten vom Rat oder den betreffenden Ausschüssen selbständig vergeben werden dürfen und zu welchen es der Zustimmung der Stadtverordneten bedarf. Im Anschluß daran wird ein Antrag der Stadtverordneten Dr. Dops und Genossen verhandelt, die Stadtverordneten von städtischen Arbeiten und Lieferungen auszuweichen. Des weiteren liegt ein Passivreiben vor, in dem Stellung genommen wird zu dem Beschluß der Stadtverordneten, den Rat zu ersuchen, den Herrn Oberbürgermeister zur Bekanntheit der Vorgänge zu ermächtigen, die in dem in der Interpellation der Stadtverordneten Hübner und Genossen vom 16. November 1906 erwähnten Schreiben an den Rat vom 16. September 1906 zu Grunde gelegten haben. In diesem Schreiben an den Rat hatte der Oberbürgermeister u. a. geäußert: „Weiter habe ich festzustellen, daß an zuständigen Umstellen darüber Klage bei mir geführt wird, daß einzelne Stadtverordnete sich fortwährend um freihändige Vergebungen von Arbeiten und Lieferungen bemühen und diese Bemühungen auch bei Unterbeamten des Rates betreiben.“

— Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller trat am 12. Juni in Dresden zu einer Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende des Verbandes, Herr Franz Hoffmann-Dresden, dem verstorbenen Vorstandsmitgliede, Herrn Handelskammer-Syndikus Paul Schulze, einen herzlichen Nachruf, in dem er hervorhob, in wie außerordentlicher Weise Herr Syndikus Schulze für die Förderung der Interessen des Verbandes eingetreten sei. Zu Ehren des Verstorbenen erhob sich die Vermählung von den Vätern. Nach Erstattung des Geschäftsberichts erfolgte die Renaufnahme von 23 sächsischen Fabrikenbetriebern, welche seit der letzten Vorstandssitzung dem Verbande neu beigetreten sind. Der Gesamtvorstand nahm alsdann Kenntnis von der inzwischen erfolgten Gründung der Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entscheidung bei Arbeitseinstellungen und wählte den Vorsitzenden und den Syndikus des Verbandes als Vertreter des Verbandes Sächsischer Industrieller in den Vorstand der neuangeordneten Gesellschaft. Ebenso nahm der Vorstand die Wahl von drei Vertretern des Verbandes für den Ausschuss der Rückversicherungs-Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände vor. Bei Besprechung der Frage der Organisation der deutschen Arbeitgeber, welche durch die Verbindung der von verschiedenen Verbänden ins Leben gerufenen Kreis-Entscheidungs-Gesellschaften und deren Zusammenfassung in der großen Entscheidungskommission des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zu einem gewissen Zeitpunkt gekommen ist, wurde angeregt, den gegenwärtigen Zeitpunkt zu benutzen, um die Vereinigung der bisher noch in zwei Gruppen organisierten deutschen Arbeitgeber herbeizuführen. Die bisher stattgehabten Verhandlungen lassen erkennen, daß auf beiden Seiten die Neigung zu einem derartigen Zusammenschluß vorhanden ist. Der Gesamtvorstand beschloß einstimmig, seine Vertreter im Vorstand des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände unter Bezugnahme auf die aus beiden Verbänden heraus ergangenen Anregungen zur Einigung zu beauftragen, in diesem Sinne zu wirken. Mit Genehmigung wurde bei dieser Gelegenheit festgestellt, daß innerhalb der gesamten sächsischen Industrie, gleichgültig, ob sie der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände oder dem Verein deutscher Arbeitgeber-Verbände angehört, der Wunsch nach Einigung der deutschen Arbeitgeberverbände ein allgemeiner sei, so daß die Bestrebungen des Verbandes des Rückversicherungs-Gesellschafts sicher sein könnten. — Der Gesamtvorstand beschäftigte sich ferner mit der Frage

der Durchführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privat- und öffentlichen Bediensteten in Deutschland und sprach einstimmig seine lebhafteste Sympathie für diese Vorhaben aus, die er vom Verbande Sächsischer Industrieller aus nach jeder Richtung hin zu unterstützen beschloß. Es wurde einstimmig beschlossen, daß die Frage der Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatangehörigen für die Industrie von größtem Interesse sei, da sie in erster Linie dafür Sorge tragen müsse, daß diejenigen aufwärtsstrebenden Elemente, welche sich der kaufmännischen Laufbahn widmen, in ihrer Stellung vollste Befriedigung und auch eine gewisse Sicherheit für ihre Zukunft finden. Die bisherigen Bestrebungen industrieller Gesellschaften, auf privatem Wege ihren kaufmännischen Angehörigen die Wohlthätigkeit einer derartigen Versicherung zu Teil werden zu lassen, zeugen davon, wie sehr diese Frage den Industriellen am Herzen liegt, wie fern und mühsam aber nach Meinung des Verbandes vom Staate gelöst werden, nachdem bisher die soziale Gesetzgebung die Privatbeamten leider nicht berücksichtigt habe. Der Gesamtvorstand beschloß, sich mit den übrigen führenden Verbänden der deutschen Industrie in Verbindung zu setzen, um diese zu einem gemeinsamen Vorgehen in dieser Frage zu veranlassen, und dadurch die von den kaufmännischen Angestellten ins Leben gerufene Bewegung zur Durchführung dieser Versicherung zu unterstützen.

— Bemerkenswerte Worte über gewerbliche Arbeit und Industrie sprach am Montag gelegentlich der Festfeier der privilegierten Böhmerischen Gesellschaft in Prag der Herr, die an diesem Tage ihr 375. Jahrestag und Jubiläum abhielt. Se. Excellenz der Herr Oberminister Graf v. Soltmann von Seditz-Lichtenwold, Präsident der ersten Kammer. Der Redner erklärte, es sei ihm eine Freude, sobald nach seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt vor einer größeren Anzahl von Bürgern offen beizutreten zu können, daß er die Auszeichnung mit Freuden angenommen. Er habe die Bürgerschaft schätzen gelernt in ihrem Streben, in ihren Gewerben, Industrie und Handel. Se. Excellenz versicherte weiter, auch jene Botschaft der Arbeit hoch zu schätzen, die sich durch rauchende Schornsteine äußerlich kennzeichnen, er würde voll die Macht und die Bedeutung der Industrie für die Wohlthat des Landes und wünsche nur, daß die Beziehungen zwischen Bürgerstand und Adel, zwischen Landwirtschaft und Industrie immerdar gute bleiben möchten.

— Ein Anwohner der Annenstraße schreibt uns: „Vor kurzer Zeit erbiethen die Besitzer der Häuser Annenstraße 2 bis 12a, beim Hängerstraße 11, die kurze und bündige Mitteilung vom Rat, daß Anfang Juli eine Regulierung der Annenstraße, vom Postplatz rechte Seite, in Aussicht genommen sei, die Häuser, welche sich gerade in diesem Jahre (1907) erbaut haben, sollen befreit und durch neue (?) ersetzt werden; die Straße solle verbreitert, das Trottoir vergrößert werden usw. Zum Schluß dieses Schreibens wird noch bekanntgegeben, wie viele Hunderte von Mark ein jeder Anwohner hierzu beizutragen habe! Wir sämtlichen Anwohner dieses Teiles der Annenstraße waren über diese Kunde aufs höchste entsetzt, — glaubten wir doch endlich einmal auf eine längere Zeit von derartigen, uns alle schädigenden Veränderungen und Baulereien, deren wir ja so unendlich viele haben waren wir erst im vergangenen Jahre vom Rate befreit worden. Die Antwort für die Erhaltung der Häuser ist und war nicht. Die Antwort lautete fast einstimmig für Erhaltung derselben. Es ist gar nicht zu verstehen, warum diese Häuser jetzt entfernt werden sollen, wo sie in ihrer so schon entwickelten Gestalt die bis jetzt noch so ungleiche Baumweise dieser Seite der Annenstraße bedeuten. Sind diese schädigenden Häuser gefallen, so liegt jene heute noch unklare, ungelöste Häuserreihe offen und frei vor den Augen der Passanten. So dürfte es ein öffentliches städtisches Interesse gebieten, diese Seite der Annenstraße in ihrer jetzigen Gestalt wenigstens so lange zu erhalten, bis die letzten Häuser gefallen, beim durch moderne, große Häuser ersetzt worden sind. Es liegt des weiteren, nach unfer aller immerfrischer Ueberzeugung, auch nicht der allergeringste Grund vor, die Annenstraße an dieser Stelle zu verbreitern, da sich dort der Verkehr zu jeder Zeit in der denkbar flächtigsten Weise abgewickelt hat und niemals von einer Störung etwas zu bemerken gewesen ist. Die nun durch solche Umwälzungen immer wieder aufs empfindlichste schädigenden Geschäftsinhaber dieserhalb ein Gesuch an den Rat und das Stadterordneten-Kollegium gelangen lassen, und darin gebeten, den vorerwähnten Teil der Annenstraße in seiner jetzigen Gestalt wenigstens so lange zu erhalten, bis derselbe eine einheitliche Straßenfront entstanden sein wird. Wir haben dies wie vorstehend begründet und erhoffen bestimmt, daß sich unsere Herren Vertreter der Bürgerschaft unserer in befürwortender Weise annehmen werden.“

— Alpenfahrten. Ueber die in diesem Jahre aus Sachlen stattfindenden Sonderfahrten zu ermäßigten Preisen nach München, Ruffstein, Salzburg, Linde, Stuttgart und Friedrichshafen sei folgendes mitgeteilt: Der erste Alpenoberzug nach Sonabend, den 7. Juli, nur von Leipzig aus abgefahrte, er verläßt den Bayerischen Bahnhof dort abends 6 Uhr 15 Min. und trifft in München am anderen Morgen 6 Uhr 5 Min. ein. Die Weiterfahrt von München erfolgt mit Sonderzügen 7 Uhr 10 Min. vorm. nach Ruffstein, 8 Uhr 10 Min. vorm. nach Salzburg, 9 Uhr 10 Min. vorm. nach Linde. Fahrkarten werden zu diesem Zuge in Dresden Hauptbahnhof nicht abgegeben; Reisende von hier, welche den Sonderzug benutzen wollen, müssen genossenschaftliche Rückfahrkarte nach Reichenbach i. B. und ab dort Sonderzugkarte lösen. Die Fahrt nach Reichenbach i. B. kann mit dem Besonderezug 3 Uhr nachm. ab Dresden Hauptbahnhof bewirkt werden. Sonabend, den 14. Juli, werden Sonderzüge von Dresden, Leipzig, Chemnitz und Reichenbach i. B. aus nach München abgefahren. Der Dresdner Sonderzug verläßt den diesigen Hauptbahnhof abends 6 Uhr 15 Min., nimmt in Freiberg (ab 7 Uhr 27 Min.) Reisende auf und erreicht München am anderen Morgen 9 Uhr 55 Min. Der Sonderzug von München gehen ab vorm. 9 Uhr nach Ruffstein, 8 Uhr 50 Min. nach Salzburg und 9 Uhr 10 Min. nach Linde. Freitag, den 20. Juli, wird ein Sonderzug von Leipzig nach München abgefahrte und zwar ab Leipzig Bayerischer Bahnhof 6 Uhr 15 Min. abends, ab Reichenbach i. B. 8 Uhr 46 Min., in München am anderen Tage früh 6 Uhr 5 Min. Weiterfahrt von München vorm. 7 Uhr 10 Min. nach Ruffstein, 8 Uhr 50 Min. nach Salzburg, 9 Uhr 10 Min. nach Linde. Auch zu diesem Zuge werden Karten in Dresden nicht verkauft, es gilt bei Benutzung des Zuges durch Reisende ab hier dasselbe wie am 7. Juli. Außer dem Zuge von Leipzig nach München werden am 20. Juli noch Sonderzüge von Dresden und Leipzig nach Stuttgart und Friedrichshafen abgefahren. Die Abfahrt erfolgt vom diesigen Hauptbahnhof nachm. 4 Uhr 25 Min., von Freiberg 5 Uhr 55 Min., die Ankunft in Stuttgart am anderen Tage 8 Uhr 40 Min., in Friedrichshafen 10 Uhr 15 Min. vorm. In Friedrichshafen ist Anschluss an die 1/2 12 mittags nach Konstanz, Rorschach und Romanshorn abgehenden Bodenfelder geboten. In Ulm ist bei diesem Zuge Frühstücksgelegenheit vorgesehen. Am Donnerstag bei Beginn der Schullerferien, Sonabend, den 21. Juli, werden Sonderzüge nach München usw. von Leipzig, Dresden, Chemnitz und Glauchau aus in Verkehr gesetzt werden. Die Abfahrt des Dresdner Zuges erfolgt an diesem Tage vom Hauptbahnhof nachm. 2 Uhr 5 Min., er nimmt in Freiberg Reisende auf (ab 3 Uhr 31 Min.) und erreicht am anderen Morgen 6 Uhr 5 Min. München. Die Weiterfahrt von München geschieht mit Sonderzügen vorm. 7 Uhr 10 Min. nach Ruffstein, vorm. 8 Uhr 50 Min. nach Salzburg und 9 Uhr 10 Min. nach Linde. An Hof ist bei allen Sonderzügen am 21. Juli durch einen längeren Aufenthalt Gelegenheit zum Abendessen geboten. Die letzten diesjährigen Alpenoberzüge werden dem Dienstag, den 14. August, von Leipzig, Dresden und Chemnitz abgefahrte und zwar genau in denselben Fahrpläne wie am 14. Juli. Auch erfolgt die Weiterfahrt von München wie am 14. Juli. Die Fahrkarten, welche zur Rückreise innerhalb 45 Tagen gelten, kosten ab Dresden Hauptbahnhof 1. nach München 36.50 Mk. in 2. und 36 Mk. in 3. Klasse, 2. nach Ruffstein 42.90 Mk., 3. nach 30.40 Mk., 3. nach Salzburg 46.80 Mk. und 33.20 Mk., 4. nach Linde 50.70 Mk. und 36 Mk., 5. nach Stuttgart 40.90 Mk. und 29.10 Mk., 6. nach Friedrichshafen 49.50 Mk. und 35.10 Mk., 7. nach Linde, zurück von Friedrichshafen und 8. nach Friedrichshafen, zurück von Linde je 50.70 Mk. und 36 Mk. Zu diesen Preisen kommt bei dem Zuge am 14. August noch der reichsgesellschaftliche Stempel, betriebe betragt bei den Karten unter 1. 1.80 Mk. für 2. 0.80 Mk. für 3. Klasse unter 2. 2.70 Mk. und 0.80 Mk., unter 3. 2.70 Mk.

Modernes Kunstgewerbe
PRAGERSTRASSE 7
BERNHARD SCHAFER